

LandFrauen fordern Konsequenzen aus dem Armuts- und Reichtumsbericht des Landes

Der Erste Armuts- und Reichtumsbericht des Landes Baden-Württemberg zeigt vielseitigen Handlungsbedarf auf. Die Hauptbelastungen im Familienbudget sind Wohnen, Energiekosten sowie Kosten für Mobilität. Wenn mit 46 Prozent Alleinerziehende in Baden-Württemberg stärker als im Bundesdurchschnitt betroffen sind, gilt es, hier besondere Maßnahmen zu ergreifen. „Außer den Familien erschreckt uns der Anteil von Frauen mit 15,8 Prozent und der Anteil von älteren Personen mit 17 Prozent, die überdurchschnittlich häufig armutsgefährdet sind. Was die Zahlen nicht ausweisen, ist die verdeckte Armut. Hier ist unser Blick insbesondere auf Frauen im ländlichen Raum gerichtet. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sind aufgefordert, den armutsgefährdeten Menschen Teilhabe zu ermöglichen“, so Hannelore Wörz, Präsidentin des LandFrauenverbandes Württemberg-Baden e.V.

Der LandFrauenverband Württemberg-Baden e.V. fordert Konsequenzen in den Punkten:

- **Rahmenkonzept Familienbildung**

Mit einem landesweiten, bedarfsgerechten und flächendeckenden Konzept haben alle Familien die Chance, sich präventiv den Aufgaben in der Familie zu stellen und es begleitend für ihre Lebenssituationen wahrzunehmen. Ansätze der frühen Familienbildung müssen gestärkt und generationenübergreifend gedacht werden. Lebenslanges Lernen muss als grundsätzlicher Anspruch in Familien verankert werden. Kompetenzen in Familien sichtbar zu machen, gleicht einem Heben von Schätzen.

- **Aufklärung und Prävention fördern Gesundheit**

Ein bezahlbares und gesundes Schulessen regionaler Herkunft für alle Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen schafft gute Voraussetzungen für optimales Lernen. Die LandFrauen fordern das Unterrichtsfach „Alltagskompetenzen“ in allen Schularten, in dem über gesunde Ernährung und Haushaltsmanagement eine Grundlage zu einer gesicherten Lebensführung gelegt werden kann.

- **Mobilität heißt Teilhabe sicherstellen**

Um allen Kindern und Jugendlichen im öffentlichen Nahverkehr freie Monatstickets zur Verfügung zu stellen, fordern die LandFrauen seit Jahren eine kostenfreie Schülerbeförderung. Die Umsetzung dieser Forderung für alle Schulformen entlastet Familien im ländlichen Raum.

Darüber hinaus sind gerade ältere und hochbetagte Menschen in diesem Le-

bensbereich besonders betroffen. Sie sollten über sozial gestaffelte Tarife einen leichteren Zugang zu einem Monatsticket bekommen bzw. durch innovative Mobilitätslösungen an einem selbstbestimmten Leben teilhaben können.

Stuttgart, 3. März 2016